

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Hoffnung auf die Schaffung einer Konvention über Selbstbestimmung

Abschluss der UNO-Konferenz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Initiative von Fürst Hans-Adam II. wird weiter verfolgt



Fürst Hans-Adam II. zeigte sich zufrieden über die Ergebnisse der UNO-Expertenkonferenz über die Selbstbestimmung. Sein Ziel ist die Schaffung einer Konvention über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er weiss jedoch, dass es bis zur Verwirklichung noch einige Zeit dauern kann.



Fürst Hans-Adam II. stellte sich zusammen mit Claudia Fritsche, Ständige Vertreterin Liechtensteins bei den Vereinten Nationen, und Sir Arthur Watts sowie Christian Wenaweser, Amt für Auswärtige Angelegenheiten, den Fragen der Journalisten. (Bilder: Roland Korner)

(G.M.) – Fürst Hans-Adam II. zeigte sich zum Abschluss der UNO-Expertenkonferenz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zufrieden mit dem Ergebnis der Erörterungen, die nach seiner Ansicht verschiedene Aspekte aufgezeigt haben. Die dreitägige Konferenz, die im Rathaussaal Schaan stattfand, ging am Donnerstag mittag mit einer Pressekonferenz zu Ende. Der Landesfürst äusserte sich zuversichtlich, dass eine Selbstbestimmungskonvention gemäss seinem Vorschlag in die Tat umgesetzt werden könnte.

Über vierzig Experten aus UNO-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und aus internationalen Organisationen wie dem Europarat befassten sich drei Tage lang mit der Thematik des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die dieser Tage an verschiedenen Orten der Welt – wie etwa im ehemaligen Jugoslawien oder in Indien – von brennender Aktualität ist.

Die gemessen an der Mitgliederzahl der Vereinten Nationen relativ bescheidene Resonanz auf die liechtensteinische Initiative lässt erkennen, wie schwer sich verschiedene Staaten mit der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes tun.

Fürst Hans-Adam II. ist sich dieses Problems bewusst, wie er an der Pressekonferenz erklärte. Vorerst soll nun das Ergebnis der Expertenrunde ausgewertet werden, dann erfolgen Gespräche mit UNO-Mitgliedstaaten, bevor ein konkreter Antrag zur Schaffung einer Konvention an die UNO-Generalversammlung gestellt wird. In einer ersten Phase gelte es nun, erklärte Fürst Hans-Adam II. weiter, die Thematik in den UNO-Apparat einzubringen, damit die von ihm lancierte Idee weiterverfolgt wird.

Der Landesfürst machte sich an der Pressekonferenz keine Illusionen, bis

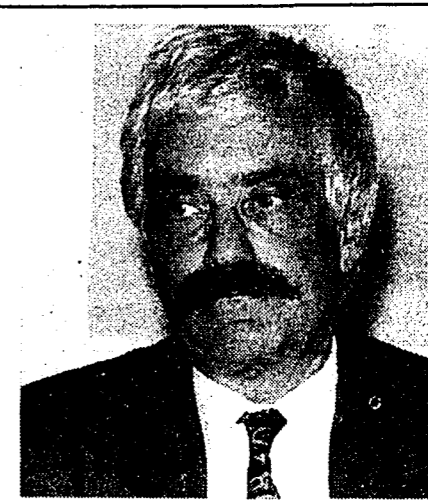
wann mit einer Selbstbestimmungskonvention zu rechnen sei. Man könnte nach seiner Ansicht den Weg verfolgen, möglichst rasch zu einem Ergebnis zu gelangen, was dann aber vielleicht auf Kosten der Durchsetzbarkeit ginge. Oder man nehme sich Zeit, damit wirklich ein gutes Ergebnis herauskomme – persönlich neige er der zweiten Version zu, sagte Fürst Hans-Adam II.

Könnte die Selbstbestimmungskonvention nicht Gruppierungen oder Regionen direkt ermuntern, auf ihre Selbstständigkeit zu pochen?

Fürst Hans-Adam II. meinte dazu, nachdem er sich schon in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung zu diesem Aspekt geäussert hatte, dass man diesen Überlegungen Rechnung tragen müsse. Er fügte allerdings hinzu, dass der Grundsatz der Selbstbestimmung bereits in der UNO-Charta verankert

sei, so dass die Stossrichtung seiner Initiative dahin gehe, das Recht auf die Verwirklichung der Selbstbestimmung zu verfeinern, Lösungen anbieten zu können, um Konflikte zu vermeiden. Das Verfahren zur Entlassung einer Region in die Autonomie oder die Selbstbestimmung soll nach seiner Überzeugung auf Gewaltvermeidung beruhen, soll geordnete Wege über die einzelnen Schritte bis zur Selbstständigkeit anbieten und kämpfende Gruppen dahin bringen, auf bewaffnete Konflikte zu verzichten.

Die Konvention über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nach Auffassung von Fürst Hans-Adam II. ein Schutz für die Staaten, damit nicht von aussen etwas aufgezwungen werden kann, auf der anderen Seite aber auch ein Schutz für nach Selbstständigkeit drängende Gruppen, da sie der Konfliktvermeidung dient.



Dr. Kurt Weiss, der interimistische Leiter des Theaters am Kirchplatz, wurde zum neuen TaK-Intendanten bestellt.

Dr. Kurt Weiss neuer TaK-Intendant

Der Aufsichtsrat der Genossenschaft Theater am Kirchplatz (TaK) hat den interimistischen Leiter des Theaters, Dr. Kurt Weiss, zum neuen Intendanten bestellt. An einer Pressekonferenz wurde der neue Leiter der weit über unsere Landesgrenzen beachteten und geschätzten Kulturinstitution vorgestellt. Über zwanzig Personen hatten sich für die Stelle des TaK-Intendanten beworben.

Das Theater am Kirchplatz verfügt auch wieder über einen Präsidenten des Aufsichtsrates, wie Aufsichtsratsprecher Peter Sele erklärte. Zum neuen Präsidenten wurde Dr. Thomas Wilhelm gewählt, als Vizepräsident amtiert Dr. Werner Sulser.

Der Aufsichtsrat hofft, wie Präsident Dr. Thomas Wilhelm an der Pressekonferenz erklärte, dass nach einer turbulenten Phase nun wieder Ruhe in den Theaterbetrieb einkehre. Nach einer aufregenden Zeit habe es der interimistische Leiter, der nun zum Intendanten gewählt wurde, ausgezeichnet verstanden, die notwendige Ruhe wieder herzustellen.

Der neue Intendant Dr. Kurt Weiss erklärte, dass es die Pflicht der neuen TaK-Mannschaft sei, die erfolgreiche Arbeit des bisherigen Intendanten Dr. Alois Büchel weiterzuführen. «Längerfristig ist unser Ziel», meinte er, «ein kulturelles Angebot auf höchstem Niveau» anzubieten.

Mehr über die Intendanten-Wahl und über den Intendanten im Innern der heutigen Ausgabe.

Sorgen der Arbeitnehmer wegen anhaltender Arbeitslosigkeit

Delegiertenversammlung des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) in Schellenberg – Hoffnung auf weitere LANV-Mitgliedschaften

(G.M.) – Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) kämpft an zwei Fronten mit Sorgen: Einerseits wird mit Besorgnis die anhaltende Arbeitslosigkeit betrachtet, die auf einem für unser Land hohem Niveau liegt, andererseits schliesst die Jahresrechnung mit einem Defizit ab, so dass zur Solidarität unter der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Verband aufgerufen werden muss. An der Delegiertenversammlung 1993, die im Gemeindefaal in Schellenberg am Donnerstagabend stattfand, wurden vor allem diese beiden Problemkreise angesprochen.

Die LANV-Delegierten erledigten die statutarischen Geschäfte in gewohnt speditiver Weise. Breiter Raum nahm an der Versammlung lediglich der Jahresbericht des Präsidenten, Alfons Schädler, ein. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen befasste er sich mit der Arbeitslosigkeit und stellte die Zahl der Stellensuchenden den offenen Stellen gegenüber. Zwar ist die Arbeitslosenquote in unserem Land vergleichsweise mit 0,8 Prozent niedrig, meinte der LANV-Präsident, doch dürfe dieser geringere Anteil als in den umliegenden Staaten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitslosigkeit für jeden einzelnen sowie für die Familie ein grosses Problem darstelle.

Neue Gesamtarbeitsverträge

Zufrieden äusserte sich der LANV-Präsident über den Abschluss von vier neuen Gesamtarbeitsverträgen, die im abgelaufenen Verbandsjahr den bestehenden Verträgen angegliedert werden konnten. Neue Gesamtarbeitsverträge konnten für das Elektro-, Elektronik- und Radio-TV-Gewerbe, für das Autogewerbe, für das Malergewerbe sowie

für den Detailhandel ausgehandelt werden. Weitere Gesamtarbeitsverträge zeichnen sich nach seinen Worten mit Betrieben der nichtmetallverarbeitenden Industrie, mit den Zahnärzten und den Zahntechnikern ab. Eine Lösung ergab sich mit dem Gastgewerbe, nachdem der Gesamtarbeitsvertrag gekündigt worden war: Der Gesamtarbeitsvertrag ist auf den 1. Dezember 1992 erneut in Kraft getreten.

Überfremdung am Arbeitsplatz

Die Überfremdung am Arbeitsplatz, seit Jahren ein Dauerthema für den Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV), hat nach den Worten von LANV-Präsident Alfons Schädler «nichts an Aktualität verloren». Die

Überfremdung machte Ende 1992 einen Anteil von 36,9 Prozent aus, erklärte er und wies auf eine Arbeitsplatzüberfremdung von 60,5 Prozent hin. Nach seinen Angaben waren in unserem Land zum Jahresende 6476 Grenzgänger (Anteil 32,2 Prozent) tätig, dazu 5495 Ausländer mit Wohnsitz in unserem Land (Anteil 27,3 Prozent). Demgegenüber machten die Liechtensteiner, von denen 7 947 Erwerbstätige registriert wurden, nur noch einen Anteil von 39,5 Prozent aus.

Unsicherheiten und Fragezeichen

Nachdem Verbandskassier Karl Wohlwend über die Finanzlage und Sekretär Eugen Büchel über die Situation der Ferienkasse berichtet hatten, begrüsst der Regierungsrat René Ritter die LANV-De-

legierten im Namen der Regierung und ging auf die wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ein, die mittlerweile auch unser Land betroffen haben. Er stellte die Frage, ob der Beitritt zum EWR ein Erfolgsrezept sei und gab die Antwort, dass sich Liechtenstein mit der Integration im Europäischen Wirtschaftsraum auf dem richtigen Pfad befinde. Gleichzeitig gab er mit Blick auf die allgemeine Wirtschaftslage seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Talsohle durchschritten sei. An die Arbeitnehmer gewandt, erklärte der Regierungsrat, dass Arbeitswille und Lernbereitschaft sowie eine positive Einstellung zur Arbeit wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Wirtschaft seien. Der Vorsteher der Gastgemeinde Schellenberg, Walter Kieber, be-



Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) hielt die diesjährige Delegiertenversammlung in Schellenberg ab. Sorgen bereitet dem LANV die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Zufriedenheit wurde geäussert über den Abschluss von weiteren Gesamtarbeitsverträgen. (Bild: Beat Schurte)

LIEBE KOMMT
LIEBE BLEIBT

hüber

WACHT